Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/983

05. 10. 77

Sachgebiet 611

Beschlußempfehlung *)

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Anwendung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
— Drucksache 8/876 —

A. Problem

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist bei den Zielgrößen „hoher Beschäftigungsstand" und „Stabilität des Preisniveaus" (§ 1 StabWG) gestört. Das niedrige Wachstum des Sozialprodukts ist besorgniserregend. Eine lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit ist zu verzeichnen, die Nachfrage nach Investitionsgütern und Bauleistungen ist erheblich zurückgegangen und der Konsum ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist die seit Jahren bestehende und sich verstärkende steuerliche Überbelastung, die sich leistungshemmend, kostenerhöhend und investitionsfeindlich auswirkt. Die Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuerquote sowie des Staatsanteils markieren diese Entwicklung. Die Voraussetzungen zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes durch Herabsetzung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind gegeben.

Angesichts dieser Lage erachtet es die CDU/CSU-Fraktion als zwingend geboten, daß die Bundesregierung ihrer rechtlichen Verpflichtung zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nachkommt. Durch Rechtsverordnung soll die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für den Zeitraum vom 1. Oktober 1977 bis 30. September 1978 um 10 v. H. herabgesetzt werden. Im Anschluß daran soll eine grundlegende Reform des Einkommensteuertarifs zum Abbau der Überbesteuerung wirksam werden.

---

*) *Bericht der Abgeordneten Dr. Diederich (Berlin) und Dr. Langner folgt*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

B. Lösung

Der Ausschuß hält in seiner Mehrheit einen zehnprozentigen Steuerabschlag auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nicht für eine optimale konjunkturpolitische Maßnahme, weil es gegenwärtig in erster Linie darum geht, den Konsum breitgestreut zu beleben. Der Ausschuß lehnt deshalb den Antrag — Drucksache 8/876 — ab.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Der Ausschuß schlägt in seiner Beschlußempfehlung zu dem Gesetzentwurf — Drucksache 8/900 mit 8/905 — ein Steuerpaket in anderer Zusammensetzung vor.

D. Kosten

Die Beschlußempfehlung verursacht keine Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 8/876 — abzulehnen.

Bonn, den 4. Oktober 1977

Der Finanzausschuß

Frau Funcke	**Dr. Diederich (Berlin)**	**Dr. Langner**
Vorsitzende	Berichterstatter	